

Dr. Inge Gräßle MdEP · Mitglied der EVP-Fraktion · Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

Informationen für das Handwerk von Ihrer CDU-Europaabgeordneten Dr. Inge Gräßle

Liebe Unternehmerinnen, liebe Unternehmer,

rund 740.000 Beschäftigte, annähernd 73.500 Betriebe und 92 Milliarden Euro Umsatz! Diese stolzen Zahlen kann das Handwerk in Baden-Württemberg vorweisen. Sie machen deutlich, wie groß die Bedeutung des Handwerks für unsere Wirtschaft ist.

Wie kann das Handwerk von Europa profitieren? Wie setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament für das Handwerk ein? Dazu möchte ich Ihnen gerne einen Überblick geben.

Meisterbrief und duale Ausbildung – ein Erfolgsmodell für Europa

Für den Erhalt des Meisterbriefes und die Förderung der dualen Ausbildung innerhalb der EU machen wir uns seit jeher stark. Versuche, den Meisterbrief mittels einer Verhältnismäßigkeitsprüfung der EU-Kommission infrage zu stellen, konnten wir in 2016 erfolgreich abwenden. Hier galt es, abzuwägen zwischen der Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen innerhalb der EU einerseits und dem Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten andererseits. Zudem haben wir durchgesetzt, dass die duale Ausbildung in der Berufsanerkennungsrichtlinie rechtlich verankert wurde.

Vereinfachungen für den Mittelstand

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich mit der EVP-Fraktion aktiv dafür ein, die bürokratischen Hürden für kleine und mittlere Unternehmen zu verringern. Dazu haben wir im Jahr 2013 den Parlamentskreis Mittelstand gegründet, der sich speziell für die Belange des Mittelstands einsetzt. In den letzten Jahren konnten wir zum Beispiel beim Emissionshandel, den Auflagen für Fahrtschreiber, der Barrierefreiheit oder bei der Risikogewichtung von Mittelstandskrediten Ausnahmen für mittelständische Unternehmen aushandeln.



Fotos © Europäische Union, privat

Öffentliche Auftragsvergabe mit neuen Kriterien

Rund 14% des BIP werden in der EU über öffentliche Auftraggeber für Dienstleistungen, Bauleistungen und Lieferungen ausgegeben. Dabei wird in der Mehrheit der Fälle nur der Preis als Kriterium herangezogen. Dies will das EU-Parlament mit einem Strategiepaket zur öffentlichen Auftragsvergabe ändern. Danach dürfen öffentliche Auftraggeber nicht nur nach dem niedrigsten Preis entscheiden. Vielmehr sollen innovative, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Der gesamte Lebenszyklus eines Produkts soll ausschlaggebend sein, etwa seine Auswirkungen auf die Umwelt. Für die Beteiligten des Vergabeverfahrens soll ein Ethikkodex verabschiedet werden.

Handwerksausnahme bei Fahrtenschreibern bleibt erhalten

Der digitale Fahrtenschreiber hat in der aktuellen Wahlperiode erneut für intensive Diskussionen gesorgt. Transportunternehmen umgehen häufig die Tachografenpflicht, indem sie anstatt schwerer LKWs leichtere Transporter unter 3,5 Tonnen einsetzen. Dies geschieht insbesondere durch osteuropäische Logistikunternehmen, die sich dann nicht an die Lenk- und Ruhezeiten halten müssen. Daher stand die Ausweitung der Tachografenpflicht für Kleintransporter ab 2,4 Tonnen zur Debatte. Mit der CDU/CSU-Gruppe habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Handwerksausnahme bis 3,5 Tonnen bestehen bleibt. Handwerksunternehmen sollen schließlich nicht mit der Logistikbranche in einen Topf geworfen werden. Weiterhin fordern wir, dass Handwerkerfahrzeuge, deren Hauptaufgabe ja nicht der Transport ist, von der Tachografenpflicht grundsätzlich ausgenommen werden. Für grenzüberschreitende Fahrten haben wir vorgeschlagen, dass Handwerksunternehmen von der Regelung ausgenommen werden – unter der Voraussetzung, dass sie im Werkverkehr unterwegs sind und das Fahren nicht die Haupttätigkeit ist.

Ablehnung der Dienstleistungskarte: keine neuen Auflagen für das Handwerk

2018 hat die CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament die Einführung einer elektronischen Dienstleistungskarte abgewendet. Mit der Karte wären grenzüberschreitende Tätigkeiten für Betriebe durch zusätzliche Formalitäten erschwert worden. Behörden hätten für die Erteilung der Karte fremdsprachige Dokumente aus dem jeweiligen Herkunftsland anfordern und aufwendig übersetzen müssen. Dies passt nicht in den Arbeitsalltag von Unternehmen und Behörden. Die Schaffung von zusätzlicher Bürokratie konnten wir mit Ablehnung der Karte verhindern. Gleichzeitig gilt weiterhin: Wer in Deutschland arbeitet, muss deutsche Anforderungen erfüllen.



Abfallrahmenrichtlinie bringt keine neuen Einschränkungen

Im Juli 2018 ist die neue Abfallrahmenrichtlinie der EU in Kraft getreten. Ziel der Richtlinie ist mehr Recycling und mehr Wiederverwendung von Abfällen in der EU. Für Deutschland konnten wir wesentliche Vorgaben beibehalten: Bei einer Menge von maximal 20 Tonnen ungefährlicher Abfälle pro Jahr ist das Führen eines Registers für den Transport weiterhin nicht erforderlich. Auch der Transport gefährlicher Abfälle in kleineren Mengen ist weiterhin zulässig. Zahlreiche andere Mitgliedstaaten müssen jetzt jedoch beim Recycling aufholen und höhere Standards bei der Vermeidung von Siedlungsmüll, der Verwertung und Beseitigung von Abfällen einhalten.

EU-Förderung für das Handwerk: mit Erasmus+ internationale Erfahrungen sammeln

Das Erasmus-Programm fördert bereits seit 30 Jahren Lernaufenthalte im Ausland und wurde in der aktuellen Förderperiode erweitert. Seit 2014 können Azubis, Fachkräfte und betriebliche Ausbilder Berufspraktika im Ausland absolvieren und erhalten dafür Zuschüsse der Europäischen Union. Das Programm wird zwar immer mehr genutzt, dennoch machen bislang nur 5 % aller Auszubildenden ein Auslandspraktikum. Die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, steigert auch die Attraktivität einer Berufsausbildung. Deshalb befürworten wir die intensive Nutzung von Erasmus+ durch Betriebe.

Profitieren Sie von Europäischen Strukturfonds

Die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU leisten einen wichtigen Beitrag für die regionale Wirtschaft. Besonders der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) tragen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bei – etwa durch die Ausstattung von Bildungszentren mit hohem technischen Standard, durch Unterstützung bei der Fachkräftesicherung, gezielte einzelbetriebliche Förderung, Förderung von Beratungsleistungen oder Unterstützung von Integrationsmaßnahmen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken mit COSME

Das Programm COSME wird in der aktuellen Förderperiode gut angenommen. Der Name steht für „Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises“. COSME soll bei der Erschließung neuer Märkte sowie dem Zugang zu Finanzierungen helfen und Unternehmer allgemein unterstützen, zum Beispiel beim Weg in die Selbstständigkeit. Durch COSME ist es möglich, Kreditbürgschaften und bessere Finanzierungsbedingungen in Anspruch zu nehmen – etwa den sog. ERP-Gründerkredit. Diese KfW-Förderung wird durch Garantien der Europäischen Union ermöglicht.



Vereinfachungen mit dem REFIT-Programm

REFIT steht für das „Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtssetzung“. Auch hier wird besonderes Augenmerk auf kleine Unternehmen gerichtet, für die neue Gesetze oft unverhältnismäßig hohen Aufwand bedeuten. Jüngste Initiativen von REFIT sind zum Beispiel die Änderung der MwSt.-Vorschriften, durch die Kosten für kleine Unternehmen gesenkt werden sollen. Ab 2020 soll REFIT dafür sorgen, dass die Teilnahme an EU-Programmen für kleine Unternehmen erleichtert werden soll.

KMU zuerst!

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind der Wachstumsmotor unseres Landes. Daher sollten alle europäischen Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen für den Mittelstand geprüft werden. Zu diesem Zweck wurde 2016 der KMU-Test eingeführt, der bei jedem neuen Gesetzesvorschlag vollzogen werden soll. Im KMU-Test wird u.a. berücksichtigt, ob KMU durch zusätzliche Kosten besonders belastet werden, und ob Regelungsalternativen oder flankierende Unterstützungsmaßnahmen für KMU möglich sind. Zum Beispiel wird überprüft, ob die Umsetzung in kleinen Unternehmen per Hand statt elektronisch erfolgt, oder Investitionen anfallen. Weitere Kriterien sind, ob Firmen Spezialisten zur Umsetzung benötigen, Unternehmer sich Wissen aneignen müssen, oder ob die Regelung negative Auswirkungen auf Marktanteile oder Umsätze haben könnte. Neben dem KMU-Test wird die Wirtschaft in der EU-Gesetzgebung in den letzten Jahren immer mehr durch Folgenabschätzungen und sog. „Roadmaps“ involviert.

Fragen? Meinungen? Anregungen? Kritik? Schreiben Sie mir!

Ihre

Dr. Inge Gräßle

Grabenstraße 24

89522 Heidenheim

Tel: 07323 9523855

www.inge-graessle.eu

facebook.com/inge.graessle

Twitter @inge_graessle

ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Durch die Kontaktaufnahme erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Daten zur Beantwortung Ihrer Anfrage verwendet werden. Es wird versichert, dass Ihre Daten nicht an Dritte weitergegeben werden.

